

# Rumänien

Alexandru Damian\*

Mittel- und Osteuropa sind zur Spielwiese der sogenannten illiberalen Demokratien geworden, welche Rechtsstaat und Korruptionsbekämpfung unterminieren. Nach Polen und Ungarn, die stetig Europas Werte und den Kern der Union angreifen, unternimmt mit Rumänien ein weiteres osteuropäisches Land einen illiberalen Kurswechsel.

## Illiberale Tendenzen der rumänischen Politik

Die momentane Regierungskoalition mit den Sozialdemokraten als stärkste Kraft, unterstützt von der Allianz der Liberalen und Demokraten (ALDE) und der Partei der Ungarischen Minderheit (UDMR), verfolgte in ihrer bisherigen, anderthalbjährigen Legislaturperiode lediglich ein Thema: Den Kampf gegen den sogenannten ‚Parallelstaat‘ Rumäniens, ein Sammelbegriff für alle der Regierung missfallenden Ereignisse und Entscheidungen.

Rumänien unterliegt weiterhin dem 2007 im Rahmen des EU-Beitritts eingerichteten Kooperations- und Kontrollverfahren (Cooperation and Verification Mechanism, CVM) und galt lange Zeit als Vorzeigeland der Region in Sachen Korruptionsbekämpfung und Reform des Justizwesens. Gegenwärtig ist ein gegenläufiger Trend zu beobachten: Laufende Gesetzesänderungen, welche die Gesetze zur Justiz, das Strafgesetzbuch und die Strafprozessordnung betreffen, unterlaufen nicht nur die Rechtsstaatlichkeit, sondern stellen auch das Justizwesen unter die Kontrolle der Politik.

Diese illiberale Entwicklung folgt denen von Polen<sup>1</sup> und Ungarn.<sup>2</sup> In diesen EU-Mitgliedstaaten nutzen die Regierungsparteien ihre großen Mehrheiten im Parlament, um die Unabhängigkeit der Justiz einzuschränken, neue Richter einzusetzen und die Mechanismen gegenseitiger Kontrolle zu marginalisieren. Die bekannte rumänische Anti-Korruptionsexpertin Laura Stefan äußerte kürzlich, sie sei sehr skeptisch, dass es mit den jüngsten Änderungen etwas anderes als eine politisch kontrollierte Justiz geben werde.<sup>3</sup> Laura Codruta Kovesi, Leiterin der Anti-Korruptions-Behörde, die seit deren Entstehung Ziel der Regierung ist und schließlich Anfang Juli des Amtes enthoben wurde, erklärte, dass ein Verschwinden der unabhängigen Staatsanwaltschaft ihren Job unmöglich machen werde.<sup>4</sup>

Die schnelle Umsetzung der Gesetzesänderungen, ihr Einfluss auf das Justizsystem und die mangelnde Konsultation mit Richtern, Zivilgesellschaft und anderen relevanten Akteuren haben in Brüssel die Alarmglocken läuten lassen. In einer gemeinsamen Erklärung des Präsidenten der Europäischen Kommission, Jean-Claude Juncker, mit dem ersten Vizepräsidenten Frans Timmermans im Januar 2018 zu den jüngsten Entwicklungen in Rumänien,

---

\* Übersetzt aus dem Englischen von Jana Schubert und Jakob Speier.

1 Vgl. den Beitrag „Polen“ in diesem Jahrbuch.

2 Vgl. den Beitrag „Ungarn“ in diesem Jahrbuch.

3 Marc Santora/Kit Gillet: Claiming ‘Parallel State’ Cabal, Romania’s Leaders Target Anti-Corruption Prosecutor, 17.6.2018 abrufbar unter: <https://www.nytimes.com/2018/06/17/world/europe/romania-corruption-prosecutors.html> (letzter Zugriff: 17.6.2018).

4 Marc Santora/Kit Gillet: Claiming ‘Parallel State’ Cabal, 2018.

drückte die Kommission Bedenken über die Gesetzesänderungen aus und forderte das rumänische Parlament auf, sein Vorgehen zu überdenken.<sup>5</sup> Eine Empfehlung der Venedig-Kommission<sup>6</sup> zu den geplanten Änderungen wurde von der Regierungskoalition als irrelevant abgewiesen. Auch der jüngste Bericht zu Rumäniens Fortschritten im Rahmen des CVM von November 2017 konstatiert: „Als Ende August die vorgeschlagenen Änderungen der Justizgesetze erörtert wurden, entzündete sich eine weitere Kontroverse. Der Oberste Richterrat wies zweimal Entwürfe, zu denen er konsultiert wurde, zurück und machte auf Probleme hinsichtlich der Unabhängigkeit der Justiz aufmerksam. Auch der rumänische Präsident und die Zivilgesellschaft äußerten Bedenken.“<sup>7</sup>

Die Vorbilder der Regierung scheinen sich nicht in Brüssel, sondern in Polen und Ungarn zu befinden. Der Vorsitzende der Partei ALDE, gleichzeitig auch Vorsitzender des rumänischen Senats, äußerte anlässlich einer öffentlichen Debatte über die Justizreform und die Aussicht, dass die EU auch Rumänien gegenüber ein Verfahren nach Art. 7 EUV eröffnen könnte, Bewunderung für Polen als ein Land, das seine Werte, Traditionen, Unabhängigkeit und Souveränität zu verteidigen wisse.<sup>8</sup> Zuletzt beschuldigte er die Europäische Kommission, sie finanziere seit Rumäniens EU-Beitritt ein System ähnlich dem der Geheimpolizei der 1950er Jahre.<sup>9</sup> Ähnliche Anschuldigungen wurden auch von Liviu Dragnea, Vorsitzender der Sozialdemokraten, vorgetragen, der die EU und die NATO beschuldigte „diesen abscheulichen Parallelstaat“ zu ermutigen und zu finanzieren.<sup>10</sup>

Hinsichtlich dieser jüngsten Äußerungen und Handlungen ihrer rumänischen Schwesterparteien wurde keine Kritik aus den Reihen der jeweiligen europäischen Parteienfamilien, der S&D und der ALDE, laut.

### **Korruptionsbekämpfung**

Rumänien folgt inzwischen, unter Verwendung ähnlicher Sündenböcke (dem Parallelstaat und George Soros), dem Weg, den Polen und Ungarn geebnet haben. Aus den groß angelegten Protesten des letzten Jahres zog die Regierung jedoch eine wichtige Lehre: Sie nutzt nun die Mittel der parlamentarischen Demokratie zur Unterminierung des Rechtsstaats, der Änderung der Gesetze zu ihren Gunsten, der Marginalisierung der Rolle von Richtern und der Aufwertung der des Präsidenten, alles mit dem Ziel, die Anstrengungen der Korruptionsbekämpfung zu stoppen und die Judikative zu kontrollieren.

In diesem Zusammenhang ist erwähnenswert, dass der Vorsitzende der Sozialdemokraten unter Anklage steht: In einem früheren Verfahren wurde er bereits zu zwei Jahren Haft auf Bewährung verurteilt. Gegenwärtig wartet er in einem weiteren Verfahren auf die Urteilsverkündung und wird vom europäischen Amt für Korruptionsbekämpfung OLAF

---

5 European Commission: Joint Statement of European Commission President Juncker and First Vice-President Timmermans on the latest developments in Romania, 24.1.2018, abrufbar unter: [http://europa.eu/rapid/press-release\\_STATEMENT-18-423\\_en.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_STATEMENT-18-423_en.htm) (letzter Zugriff: 15.6.2018).

6 Vgl. den Beitrag „Die EU und der Europarat“ in diesem Jahrbuch.

7 Europäische Kommission: Bericht der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat über Rumäniens Fortschritte im Rahmen des Kooperations- und Kontrollverfahrens, 15.11.2017, COM(2017)751.

8 Digi 24: Tariceanu: Polonia este o tara care merita toata administratia, 21.12.2017, abrufbar unter: <https://www.digi24.ro/stiri/actualitate/politica/tariceanu-polonia-este-o-tara-care-merita-toata-administratia-traiti-in-romania-aproape-degeaba-849114> (letzter Zugriff: 15.6.2018).

9 Digi24: Acuzatii dure la adresa Comisiei Europene facute de Tariceanu in fata presedintilor Senatelor europene, 15.6.2018, abrufbar unter: <https://www.digi24.ro/stiri/actualitate/justitie/acuzatii-dure-la-adresa-comisiei-europene-facute-de-tariceanu-in-fata-presedintilor-senatelor-europene-947628> (letzter Zugriff: 15.6.2018).

10 Marc Santora/Kit Gillet: Claiming ‘Parallel State’ Cabal, 2018.

der Unterschlagung von EU-Mitteln beschuldigt. Zudem eröffnete das rumänische Anti-korruptionsbüro allein im Jahr 2017 Ermittlungsverfahren gegen drei Minister, sechs Abgeordnete des nationalen Parlaments sowie jeweils einen ehemaligen Vorsitzenden und einen Generalsekretär der Abgeordnetenversammlung wegen Bestechlichkeit.

### **Die rumänische Position in den Verhandlungen zum nächsten mehrjährigen Finanzrahmen**

Die Verhandlungen über den mehrjährigen Finanzrahmen erzielte wenig Schlagzeilen in Rumänien und das Land spielte nur eine Nebenrolle in den Verhandlungen. Obwohl die von der Europäischen Kommission vorgeschlagenen Änderungen der Kohäsionspolitik die Höhe der europäischen Fördermittel für Rumänien im Zeitraum 2021 bis 2027 um 8 Prozent ansteigen ließe und sich somit positiv auswirken würde, könnten die Änderungen tatsächlich nur geringe Auswirkungen haben, da das Land bei der Inanspruchnahme europäischer Mittel hinterherhinkt.<sup>11</sup> Die Vorschläge zur Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik wiederum würden für Rumänien eine um 10 Prozent niedrigere Mittelzuteilung bedeuten. Die Regierung hat sich bislang allerdings weder zur Kohäsionspolitik noch zur Gemeinsamen Agrarpolitik geäußert.

Eine Erklärung für diesen Mangel an Interesse ist zum einen, dass die Inanspruchnahme von EU-Fördermitteln an klare Vorschriften und Benchmarks geknüpft ist, wodurch sie für einige EU-Mitgliedstaaten weniger attraktiv sind. In seinem Jahresbericht 2017 zeigte OLAF auf, dass Rumänien weiterhin das EU-Mitglied mit den meisten Untersuchungsverfahren wegen Betrugs bei EU-Mitteln, unter anderem auch durch den Vorsitzenden der Sozialdemokraten, ist. Zum anderen erschweren die kontinuierliche Politisierung der staatlichen Verwaltung sowie unbesetzte Schlüsselpositionen in Ministerien und Agenturen die Abrufung der EU-Fördermittel.

In diesem Zusammenhang von Relevanz ist ein neues Programm der Regierung namens „National Public Development Program“ mit einer Mittelausstattung von etwa 30 Mrd. rumänischen Lei (circa 7 Mrd. Euro). Die rumänische Opposition beklagte, die Mittelverwendung aus dem Fonds sei politisch motiviert, sodass nur der Regierung gegenüber loyale lokale Verwaltungen Zugang zu ihm erhielten. Dies wiederum schafft Anreize für lokale Behörden, EU-Fördermittel zu vernachlässigen, und stattdessen auf den ohne Auflagen verfügbaren Fonds zurückzugreifen.

Ein ähnlich gelagerter Fall betrifft die Jugendgarantie, ein auf die Minderung der Jugendarbeitslosigkeit gerichtetes Programm der EU. Die Implementierung der Beschäftigungsinitiative für junge Menschen, ein Bestandteil des Programms, wurde in Rumänien vernachlässigt, sodass keine hierfür eingeplanten Mittel in Anspruch genommen wurden. Die Europäische Kommission warnte in ihrem Länderbericht vor einem Rücktransfer der Mittel in das EU-Budget bei einem Ausbleiben der Mittelabrufung.<sup>12</sup>

11 Die neuesten im Februar 2018 von der Regierung veröffentlichten Absorptionsraten von EU-Mitteln liegen bei 10,07 Prozent für den Zeitraum von 2014 bis 2020. Dies liegt hinsichtlich der Einwerbung von EU-Mitteln deutlich unter dem Niveau anderer Mitgliedstaaten. Vgl. Fonduri Europene Structurale si de Investiții: Stadiul absorbției pentru programele finanțate din Fondurile Europene Structurale și de Investiții (FESI) și al plăților efectuate din Fondul European de Garantare Agricolă (FEGA) la data de 02 februarie 2018, abrufbar unter: [http://www.fonduri-ue.ro/images/files/implementare-absorbție/Stadiul\\_absorbției\\_PO\\_2014\\_2020\\_-\\_SITE\\_MADR\\_02.02.2018\\_subtotal\\_FESI\\_-final.pdf](http://www.fonduri-ue.ro/images/files/implementare-absorbție/Stadiul_absorbției_PO_2014_2020_-_SITE_MADR_02.02.2018_subtotal_FESI_-final.pdf) (letzter Zugriff: 15.6.2018).

12 European Commission: Romania Country Report 2018, 7.3.2018, SWD(2018) 221 final, S. 25.

### **Rumäniens bevorstehende Ratspräsidentschaft**

Rumänien wird im Januar 2019 den Vorsitz der rotierenden Ratspräsidentschaft in einem für die Zukunft der EU entscheidenden Moment übernehmen. Mit dem bevorstehenden Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU, der anhaltenden Diskussion über die Migrationskrise, dem Aufsteigen populistischer und rechtsextremer Parteien, der Wahl des Europäischen Parlaments beziehungsweise die Neubesetzung der Europäischen Kommission, dem nächsten mehrjährigen Finanzrahmen und der verfahrenen Rechtsstaatlichkeitssituation in Polen und Ungarn steht die rumänische Ratspräsidentschaft vor gewaltigen Herausforderungen.

Trotz der bevorstehenden rumänischen Ratspräsidentschaft und der hohen Anzahl der in Großbritannien lebenden und arbeitenden Rumänen, nimmt Bukarest in den Brexit-Verhandlungen eine Nebenrolle ein, positioniert sich jedoch eher zugunsten eines harten Austritts.<sup>13</sup> Dabei orientiert sich Rumänien vor allem an Deutschland und Frankreich, die ein britisches Rosinenpicken nach dem Austritt des Landes verhindern wollen.

Obwohl Rumänien mit Übernahme der Präsidentschaft Teil der Lösung werden sollte, ist es am wahrscheinlichsten, dass es mit den geplanten Gesetzesänderungen, auch zur Sorge Brüssels, Teil des Problem wird. Die politischen Turbulenzen in dem Land könnten ernsthafte Auswirkungen auf die europäische Agenda Rumäniens haben, obgleich schon jetzt eher unklar ist, wo die rumänischen Prioritäten während der Ratspräsidentschaft liegen werden.

Grob umrissen sind die Prioritäten Rumäniens eher allgemeiner Natur und auf das Angehen der drängendsten Fragen in den Bereichen der wirtschaftlichen Konvergenz der EU-Mitgliedstaaten, der europäischen Sicherheit, der globalen Akteursqualität der EU und die Einhaltung europäischer Werte gerichtet, wobei die rumänische Agenda hierbei unklar ist. Auch Rechtsstaatlichkeit wird mit hoher Wahrscheinlichkeit eine entscheidende Rolle spielen, da das Thema auch für Rumänien eine wichtige Frage darstellt. Abzuwarten hierbei ist insbesondere die Positionierung des Landes gegenüber Polen und Ungarn.

Ein weiteres Thema, das jüngst in den Vordergrund rückte, war die Entscheidung Rumäniens, die Botschaft des Landes in Israel von Tel Aviv nach Jerusalem umzusiedeln. Obwohl Außenpolitik eigentlich die Prerogative des Präsidenten Klaus Iohannis ist, wurde diese außenpolitische Entscheidung von Vertretern der Regierung verkündet. Der Umzug widerspricht der allgemeinen Haltung der Europäischen Union und ihrer Hohen Vertreterin für Außen- und Sicherheitspolitik. Darüber hinaus blockierte Rumänien, zusammen mit Tschechien und Ungarn, eine gemeinsame Stellungnahme der EU, die den Umzug der US-amerikanischen Botschaft nach Jerusalem verurteilen sollte.

Es bleibt abzuwarten, wie die inkonsistente Position Rumäniens gegenüber der Europäischen Union, insbesondere hinsichtlich Rechtsstaatlichkeit und Korruptionsbekämpfung, der Anstieg der EU-feindlichen Rhetorik der Regierungskoalition und das Aufbrechen des Konsens in der EU-Außenpolitik, die Ratspräsidentschaft und ihre Ziele beeinflussen wird.

### **Weiterführende Literatur**

Alexandru Damian et al.: *The Relaunch of Europe. Mapping States' Reform Interests. Country Issue: Romania*, Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin 2018.

---

13 The Economist: Britain edges closer to a hard Brexit, 21.8.2018, abrufbar unter: <https://www.economist.com/graphic-detail/2018/08/21/britain-edges-closer-to-a-hard-brexid> (letzter Zugriff: 28.8.2018).